

Jetzt sind wir am Zug!

Mit dem DGB für den Erhalt unserer öffentlichen Bahn!

Die Lobby hat es eilig: Bis Dezember will die Bundesregierung in Bundestag und Bundesrat den Beschluss über eine Privatisierung der Bahn durchboxen. Damit droht die größte Ausplünderung von öffentlichem Vermögen in der deutschen Geschichte. Dafür gibt es keinen juristischen oder wirtschaftlichen Sachzwang. Privatisierung nützt wenigen Großaktionären (Heuschrecken?) und ihren Beratern. Privatisierung schadet vielen - vor allem den Beschäftigten und Menschen, die auf die Bahn angewiesen sind. Es gibt weltweit kein auf Deutschland übertragbares Modell einer erfolgreichen Bahnprivatisierung. GewerkschafterInnen bei Post und Telekom wie auch britische EisenbahnerInnen empfehlen uns: Keine einzige Bahnaktie und kein Betriebsteil darf in private Hände gelangen. Wer die Klimakatastrophe abwenden und die Bahn als Rückgrat eines umweltfreundlichen, Verkehrssystems ausbauen will, muss die



**Dividende
dividiert die Bahn.
Nein zum
Börsengang!**
www.bahnvonunten.de

Privatisierung verhindern. 71% der Bevölkerung sind gegen Bahnprivatisierung. Im März hat sich der DGB-Bundesvorstand eindeutig gegen den Ausverkauf der Bahn ausgesprochen. Minister Tiefensee möchte das Privatisierungsgesetz aber möglichst geräuschlos durchboxen, obwohl es dafür nicht einmal einen SPD-Parteitagbeschluss gibt. Nun stellt sich auch die SPD-Basis quer (siehe Seite 3). Jetzt ist TRANSNET am Zuge. Keine direkte oder indirekte Unterstützung für den Börsengang! Lassen wir es nicht zu, dass einige wenige über die Köpfe der Mitglieder hinweg falsche Entscheidungen treffen und den Ausverkauf unserer Bahn betrieben. Wir haben viele Verbündete im Kampf für eine demokratisierte öffentliche Bahn im Interesse von Mensch und Umwelt und für die Vereinigten öffentlichen Bahnen von Europa. Eine bessere öffentliche Bahn ist möglich. Packen wir's an!

Auch Teilprivatisierung bringt Dambruch

Vor der Illusion, durch eine Teilprivatisierung der DB bis zu 49 Prozent Staatseinfluss, Arbeitsplätze und Sozialleistungen bewahren zu können, warnte Didier Le Reste von unserer französischen Brudergewerkschaft CGT-Cheminots 2006 in Berlin: „Als France Telekom privatisiert wurde, hat der Staat versprochen: Die Beteiligung des Staats wird niemals unter 70 Prozent absinken. Heute sind es weniger als 50 Prozent und die sozialen Bedingungen haben sich sehr verschlechtert. Im Europa der 15 hat die Liberalisierung seit Anfang der 90er Jahre dazu geführt, dass 1,8 Millionen Arbeitsplätze allein für Eisenbahner verloren gegangen sind.“

Bahnprivatisierung weltweit ein Fehlschlag Hansen und Kirchner gegen Börsenbahn

Ob Neuseeland, Argentinien, Estland oder Großbritannien: Bahnprivatisierung hat sich als schädlich, teuer, umweltfeindlich, unsozial und ineffektiv erwiesen. In Estland muss der Staat nach Gewerkschaftsangaben jetzt wieder das zusammenflicken, was die renditehungrigen Privatisierer vorher leichtfertig zerschlagen haben. In Neuseeland und Argentinien hat die Privatisierung einen Großteil des Netzes zerstört. Die Pampa ist vom Bahnverkehr abgehängt. Argentinien's Präsident Nestor Kirchner hat nun erste Schritte in Richtung Wiederverstaatlichung der fragmentierten Bahnen angekündigt. Auch britische Gewerkschaften und Labour-Politiker wollen die Bahnen wieder in staatlicher Hand zusammenfassen und die derzeitigen Franchise-Verträge mit den Privatbahnen nach Ablauf nicht mehr verlängern. „Durch den geplanten Verkauf von bis zu 49% des Aktienkapitals der DB AG an der Börse würden der Einfluss der Bundesregierung auf die Unternehmensführung geschwächt und Anteile des Anlagevermögens an Privatinvestoren veräußert“, warnt auch Professor Ingo Hansen von der TU Delft.

Wir lassen uns nicht verkaufen – weder für dumm noch an der Börse!

Die Basis von TRANSNET und SPD will keine Bahnprivatisierung!

TRANSNET-OV Offenburg

Der Ortsvorstand der Transnet Offenburg hat sich am 24.04.2006 **einstimmig** gegen einen Börsengang sowie gegen die Trennung von Netz und Betrieb bei der Deutschen Bahn AG ausgesprochen. Wörtlich heißt es in der Resolution: „Bei einem Börsengang und bei einer Trennung von Netz und Betrieb sehen wir massive Verschlechterungen für die Beschäftigten sowie für die Nutzer des öffentlichen Personenverkehrs auf uns zukommen: (...) bisherige Tarifverträge würden auf Dauer wegfallen (auch wenn diese für einen kurzen Zeitraum von drei Jahren noch weitergelten sollen), kein Bestandschutz mehr, Personalfahrwesen wird entfallen, weitere, unbedingte Optimierung/Kosteneinsparung zur Renditegewinnung, Streckenaufgabe, Leistungsrückgang, Sozial- und Lohndumping in allen Bereichen, Zugstreichungen, Entlassungen, Erhöhung der Fahrpreise, Aufgabe von Serviceleistungen, Rückgang der gewohnten Sicherheitsstandards (...)

TRANSNET-Fachgruppe Lokführer Wiesbaden/Mainz-Bischofsheim ...

... hat über die OV Wiesbaden einen Antrag an den außerordentlichen Gewerkschaftstag eingereicht. Darin heißt es: „Wir sprechen uns gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte materielle Privatisierung der Deutschen Bahn AG aus und sagen uneingeschränkt NEIN zu jeder Form von Privatisierung, Ausverkauf und Zerschlagung der Deutschen Bahn AG. Wir bekräftigen die in einer Resolution einstimmig beschlossene Forderung des TRANSNET-Gewerkschaftstages in Magdeburg im November 2000: „Für die Erhaltung einer einheitlichen und flächendeckenden und bundeseigenen Bahn im Interesse der Beschäftigten, der Umwelt und der Kunden. Kein Börsengang! Kein Ausverkauf – weder an ausländische noch an inländische Kapitalgruppen!“ Im Schulterchluss aller Bahngewerkschaften und aller DGB-Gewerkschaften muss diese Privatisierung verhindert werden! Ebenso ist ein gemeinsames europä-

„TRANSNET sagt uns, wir dürfen die Bahn privatisieren“, erzählen uns SPD-Politiker. „Die SPD will privatisieren und deshalb müssen wir daran konstruktiv mitwirken“, sagen uns TRANSNET-Vorstandsmitglieder. Die Basis beider Organisationen denkt jedoch ganz anders. Hier ein erster (unvollständiger) Überblick.

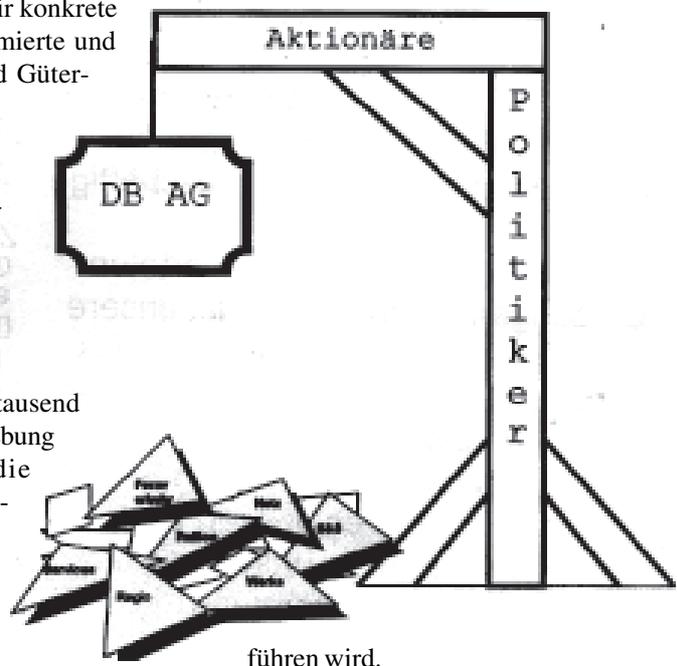
weites Vorgehen im Rahmen der Europäischen Transportarbeiterföderation (ETF) gegen zunehmende Privatisierung und Liberalisierung dringend geboten, damit KollegInnen verschiedener Unternehmen und Länder nicht gegeneinander ausgespielt werden. (...) Wir begrüßen die eindeutige Positionierung des DGB-Bundesvorstands gegen die Privatisierung der DB AG vom März 2007. (...) Gemeinsam mit anderen Gewerkschaften und Privatisierungsgegnern wollen wir konkrete Alternativen für eine optimierte und einheitliche Personen- und Güterbahn in öffentlicher Hand und im Interesse der Beschäftigten, der Umwelt und der Allgemeinheit entwickeln und durchsetzen.“

TRANSNET-Jugend Hannover

Ein Galgen sagt mehr als tausend Worte. Bei der Mai-Kundgebung in Hannover stellte die TRANSNET-Jugend mit einem Galgen (siehe Abbildung) die Folgen eines Börsengangs dar. „Sollte es wirklich zum erwarteten Börsengang kommen, so ist unsere weitere Zukunft mehr als ungewiss. Vergleiche mit anderen Unternehmen, welche eine Privatisierung mit anschließendem Börsengang bereits hinter sich haben, lassen vage Vermutungen über unsere weitere Zukunft aufkommen.

DB ERS München

Thema der Betriebsversammlung am 28. Juni war der geplante Börsengang der Bahn. Zuerst wurde der Film „Bahn unterm Hammer“, der vom Konzern und den großen Bahngewerkschaften totgeschwiegen wird, vorgeführt. Es folgte ein Vortrag von Hans-Gerd Öfinger (Bahn von unten). In der Aussprache zeigte sich, dass (mit Ausnahme der zwei Arbeitgebervertreter) keiner der anwesenden Beschäftigten Vorteile für sich oder für die Bahn-Kunden sieht, wenn arabische Scheichs, Hedge-Fonds, Beteiligungsgesellschaften oder irgendwelche „Heuschrecken“ sich am verscherbelten und zerlegten Bahn-Konzern gesund stoßen. Hinterher beschloss der Betriebsrat: „Der Münchner Betriebsrat der DB ERS GmbH lehnt den Börsengang der Bahn ab, weil dieser mittelfristig zu einer massiven Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die in der DB ERS Beschäftigten



führen wird. Der Münchner Betriebsrat fordert seine Betriebsrats-Kolleginnen und -Kollegen in den anderen Unternehmen der DB AG auf, jetzt endlich Farbe zu bekennen und sich nicht weiterhin angstvoll wegzuducken. Eine Privatisierung der Bahn gegen den massiven Widerstand der über 200.000 Beschäftigten wäre unmöglich!“

TRANSNET-VP S-Bahn Berlin

„Als BahngewerkschafterInnen lehnen wir den Börsengang der Deutschen Bahn AG, alle sonstigen Privatisierungsbestrebungen und Ausgründungsvorhaben sowie die Trennung von Netz und Betrieb ab. Wir unterstützen die Bundestagsabgeordneten, die sich den Privatisierungsbestrebungen widersetzen. Wir treten ein für die Rückführung der Deutschen Bahn AG in einen staatlichen Betrieb unter voller Verantwortung und vollständiger Finanzierung durch den Bund, denn alle Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass es nur in dieser Betriebsform einen funktionierenden Bahnverkehr geben kann, der seinem öffentlichen Auftrag einer demokratischen und sozialen sowie umweltgerechten Mobilität entspricht.“ (So beschlossen am 12.6.2007)

DB Services Südost GmbH Fahrwegdienste NL Mitte

Auf der Betriebsversammlung am 20.07.2007 war als Vertreter der Initiative „Bahn von unten“ Hans-Gerd Öfinger geladen. Bei seinem Vortrag über die Folgen der Privatisierung für unsere Kollegen war ein großes Erstaunen unter der Belegschaft festzustellen. So kam die Frage auf, warum die Gewerkschaft TRANSNET nicht selbst und offiziell ihre Mitglieder über die negativen Folgen der Privatisierung aufklärt und warum sie nichts dagegen tut.

Nach dem Vortrag ging eine Liste herum, auf der sich die Anwesenden per Unter-

schrift gegen die Privatisierung und gegen den Verkauf auch nur einer Aktie der DB AG aussprechen konnten. Alle haben das mit Ihrer Unterschrift bekundet! Damit fordern die Kollegen den Hauptvorstand und den außerordentlichen Gewerkschaftstag unserer Gewerkschaft TRANSNET auf, gegen die drohende Privatisierung alle Kräfte zu mobilisieren.

TRANSNET-VP Railion Hamburg Wahlbetrieb C7

Die TRANSNET-Vertrauenspersonen haben den Film „Bahn unterm Hammer“ angesehen und diskutiert und sind sich einig: Von einer Privatisierung haben wir nichts Positives zu erwarten. Sie empfehlen der TRANSNET-OV und dem Bezirksvorstand, auf den Hauptvorstand und den Sondergewerkschaftstag einzuwirken, damit TRANSNET einem Börsengang der DB nicht zustimmt.

SPD-Landesverband Berlin

Die Berliner SPD hat sich am 30. Juni 2007 gegen eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG gewandt. In einer vom SPD-Landesparteitag mit großer Mehrheit beschlossenen Resolution heißt es: „Die Berliner SPD lehnt eine vollständige oder teilweise Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG ab. (...) Mit der Privatisierung der Deutschen Bahn AG würde der Bund auf irreversible Weise die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten verlieren.“

SPD-Landesverband Brandenburg

Der Brandenburger SPD-Landesparteitag hat am 30. Juni eine vollständige oder teilweise Privatisierung der DB AG abgelehnt und erklärt: „Der aktuelle Tarifkonflikt bei der Deutschen Telekom AG hat gezeigt, welche Einflussmöglichkeiten der Bund als ein Eigentümer eines teilprivatisierten, ehemals im Bundesbesitz befindlichen Unternehmens noch hat. Wenn eine Sparte eines großen Konzerns wie im Fall der Telekom nicht so rentabel ist, wie vom Management erwartet wird, wird sofort mit einem Kahlschlag reagiert. Dieser kann durchaus auch in vollständigem Verkauf oder Einstellung aller Geschäftsaktivitäten in diesem Bereich bestehen. Dabei profitieren Aktionäre zu Lasten von Bürgern.“

SPD-UB in Mainz und Darmstadt

Im Juni nahm der Unterbezirksparteitag der SPD in Mainz ohne Gegenstimme einen Antrag gegen den Ausverkauf der DB an. „Statt die Deutsche Bahn an Investoren, die nur an hohen Renditen interessiert sind, zu verkaufen, soll sie als öffentliches, ökologisches und flächendeckendes Verkehrssystem erhalten und weiter verbessert werden“, heißt es wörtlich. Ähnliches beschloss Mitte Juni auch der SPD-UB Darmstadt-Stadt im Wahlkreis von Bundesjustizministerin Zypries.

SPD Saarland

Anfang Juni positionierte sich die saarländische SPD nahezu einstimmig gegen einen Börsengang der Bahn und forderte Bundesregierung und SPD-Fraktion auf, die Privatisierungspläne zu stoppen.

SPD Baden-Württemberg

Der SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg am 7.7.2007 hat sich gegen eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn ausgesprochen. Es dürfe nicht dazu kommen, dass strategische Investoren Einfluss auf das Unternehmen bekämen.

Warnstreiks zeigen: Kampfbereitschaft ist vorhanden Gegen den Börsengang mobilisieren!

Zur Vorbereitung der DB-Tarifrunde und Aufstellung der Tarifforderung gab es bundesweit Basisdialoge mit reger Beteiligung. Entsprechend motiviert und engagiert war die Basis bei den Warnstreiks Anfang Juli. War das alles? Mit mehr Druck hätten wir durchaus noch viel mehr rausholen können. 70 Prozent der Bevölkerung zeigten Sympathie.

Die in den kurzen Warnstreiks deutlich gewordene Kampfbereitschaft wäre jetzt auch vorhanden, wenn TRANSNET mit voller Kraft die Mitglieder über die negativen Folgen der Privatisierung aufklären und dagegen mobilisieren würde. Eisenbahnerinnen und Eisenbahner sehen, wie sich nach dem Börsengang von Post

und Telekom die Arbeitsbedingungen und Einkommen verschlechtert haben und ahnen, was uns blüht, sobald einmal das erste Aktienpaket an Private verkauft ist. Niemand hat das Recht, im Namen von TRANSNET gegenüber Bundesregierung und Bahn-Vorstand den Börsengang zu unterstützen und abzunicken.

Macht endlich bundesweit Basisdialoge und klärt die Mitgliedschaft über die nachteiligen Folgen der Privatisierung auf! Führt den Film „Bahn unterm Hammer“ vor! Lasst die Privatisierungskritiker endlich zu Wort kommen und organisiert den Widerstand gegen die Zerschlagung und den Ausverkauf unserer Bahn!



Bahn von unten, Postfach 2112,
65011 Wiesbaden, Tel./Fax. 0611.406807
www.bahnvonunten.de - info@bahnvonunten.de
V.i.S.d.P.: C. Mürdter

GDL-Führung will britische Zustände

Die GDL-Führung gibt sich kämpferisch. Doch gegen die Privatisierung der Bahn tut sie nichts. „Vom Grundsatz her haben wir nichts gegen einen Börsengang“, erklärte GDL-Boss Schell Anfang 2004. Er begrüßte im November 2006 „mit großer Zufriedenheit“ die Entschließung der Koalition zur Bahnprivatisierung und will, „dass das Netz bei einem Börsengang aus dem Konzern herausgelöst wird“. Eine solche Zerschlagung käme heutigen britischen Zuständen gleich.

Laut GDL-Organ „Voraus“ (Mai 2007) sieht sich die GDL schon als „Gewinner der Privatisierung“. Ein verhängnisvoller Irrtum! GDL-Basismitglieder sehen das anders und stimmten im Betriebsrat von Railion Wahlbetrieb Frankfurt gemeinsam mit TRANSNET- und GDBA-Kollegen einmütig für die nachfolgende, unten dokumentierte Resolution:

Gegen einen Börsengang der DB! Für den vollständigen Verbleib in öffentlichem Eigentum!

Der Betriebsrat der Railion Deutschland AG, Wahlbetrieb Frankfurt, stellt sich im Interesse seiner zu vertretenden KollegInnen gegen jede Form von Privatisierung, Börsengang und Zerschlagung der Deutschen Bahn AG. Er fordert und unterstützt den vollständigen Verbleib des DB-Konzerns in öffentlicher Hand unter demokratischer Kontrolle. Er fordert die verantwortlichen Gremien und Funktionsträger aller Eisenbahngewerkschaften auf,

- *in diesem Sinne im Interesse ihrer Beschäftigten zu handeln und an einem Strang zu ziehen.*
- *sich in klaren Beschlüssen gegen die drohende Privatisierung zu positionieren, weil diese nur einigen wenigen Großaktionären Vorteile, den Beschäftigten, der Allgemeinheit und der Umwelt jedoch große Nachteile bringen würde.*
- *die Zusammenhänge und Auswirkungen der Privatisierung ihren Mitgliedern offen darzustellen und zu erläutern.*
- *auf die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit entsprechend Einfluss zu nehmen und hierzu alle Möglichkeiten auszuschöpfen*

So am 26.6.2007 von den anwesenden Mitgliedern von TRANSNET, GDBA und GDL ohne Gegenstimme beschlossen.



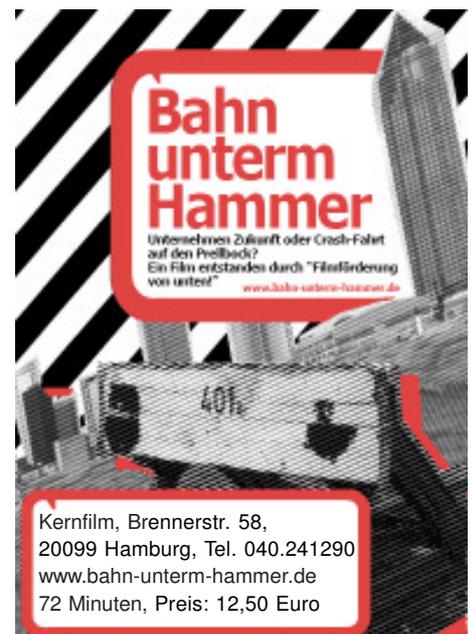
„Anstatt nur über verschiedene Varianten der Privatisierung zu reden, muss nun auch über einen „Plan B“, also einen „Plan Bund“ diskutiert und somit untersucht werden, ob der Bahnkonzern nicht im vollständigen Eigentum des Bundes bleiben sollte. Eigentlich haben wir zur Zeit einen Plan-B, also ein Unternehmen in Bundeshand, und es funktioniert. Die DB soll als integriertes Unternehmen im Staatseigentum erhalten bleiben und darf nicht zerschlagen werden. (...) Wir brauchen mit der Schiene kein Profit-Netz, sondern ein Mobilitätsnetz für Bürger und Wirtschaft. (...) Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Das sind O-Töne von Norbert Hansen. Jetzt müssen Taten folgen. Packen wir's an: Die Bahn bleibt beim Bund!!!

Eindrucksvoller Doku-Film „Bahn unterm Hammer“ Wann werden inform-Leser informiert?

Seit Wochen läuft der Dokumentarfilm „Bahn unterm Hammer“ in Kinos, Betriebsversammlungen und Infoveranstaltungen. In ihm kommen auch TRANSNET-Mitglieder zu Wort und schildern, wie die geplante Kapitalprivatisierung schon jetzt ihre Schatten vorauswirft und der Konzern zerschlagen wird. Bahn-Experten weisen nach, dass riesige Vermögenswerte weit unter Wert für `n Appel und `n Ei verschleudert werden sollen. Der Film dokumentiert die negativen Folgen der Bahnprivatisierung in Großbritannien und rüttelt zum Widerstand auf.

Eine Filmbesprechung haben wir auch an die inform-Redaktion geschickt. Doch leider haben die TRANSNET-Medien bisher kein Wort darüber berichtet.

Wir fordern: Schluss mit der Zensur!



Vorsicht: Auch Mehdorn zerschlägt die DB

Machen wir uns nichts vor: Der DB-Vorstandsvorsitzende Hartmut Mehdorn ist kein verlässlicher Verbündeter und kein Garant eines einheitlichen Bahnkonzerns. Sobald einmal private Investoren die ersten DB-Aktienpakete übernommen haben, werden sie auf maximale Rendite drängen und jeden Arbeitsplatz, jeden Betriebsteil und jeden Meter Gleis abstoßen, der nicht profitabel genug erscheint. Dies zeigt auch die aktuelle Erfahrung mit der privatisierten Telekom AG, die für

2006 Rekorddividenden ausgeschüttet hat und jetzt gnadenlos in viele Einzelteile zerschlagen wird. Auch bei einer Börsenbahn würde man täglich neu definieren, was das „Kerngeschäft“ ist und was nicht. Schon unter Mehdorn wurden seit 2000 profitable DB-Tochtergesellschaften verkauft: PFA Weiden, Fernmeldewerk München-Aubing (RCF), Deutsche Touring, Deutsche Eisenbahnreklame, Scandlines, etc. ... Bei PFA und RCF blieben sehr viele Beschäftigte auf der Strecke.